

Gemeinsamer Antrag Nr. 3

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen,
der Grünen Arbeitnehmer,
der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Arbeitnehmer,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,
der Liste Türk-Is,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative-International,

an die 179. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2023

Die Klimakrise abwehren und das Leben der Arbeitenden verbessern

Die Situation ist ernst: Wir steuern derzeit auf den Kollaps unserer Zivilisation zu, stellen die Vereinten Nationen fest – aufgrund unzureichender Klimapolitik. Schon heute beeinträchtigt die Klimaerhitzung die Produktivität der Wirtschaft, die Infrastruktur, die Nahrungsmittelerzeugung und die Gesundheit der Menschen. Allein in den letzten beiden Jahren wurden wir in Europa und Österreich von massiven Waldbränden, einer der schlimmsten Dürren seit 500 Jahren und Fluten, die mühsam aufgebaute Existenzen vernichteten, getroffen. Sie haben uns vor Augen geführt, wie gefährlich die durch die Klimaerhitzung stärker und häufiger werdenden Extremwetterereignisse sind.

Mit dem **Pariser Klimaabkommen** haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, den Temperaturanstieg deutlich unter 2°C zu halten und sich darum zu bemühen, ihn auf 1,5°C zu begrenzen. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Menschheit das Ziel der „Klimaneutralität“ erreichen, also gleich viele Treibhausgase binden wie ausstoßen. Die EU leitet davon ihr Ziel ab, bis 2050 klimaneutral zu werden. Die **AK unterstützt dieses Ziel**. Sie stellt jedoch fest, dass die bisherige Klimapolitik in der EU und Österreich nicht ausreicht, um es zu erreichen. Gerade auch deshalb, weil sie viel zu oft die soziale Frage, die demokratische Mitbestimmung und ein vorausschauendes und planendes Wirtschaften außer Acht lässt.

Die spürbaren Veränderungen des Klimas und die Klimabewegung unzähliger engagierter Menschen haben das **Bewusstsein für die Klimakrise in der Bevölkerung stark steigen lassen**: Mittlerweile halten 80% der Menschen in Europa die Klimaerhitzung für ein sehr ernstes Problem. Und Arbeiter:innen und Angestellte – unsere Mitglieder – sehen die Klimakrise laut einer Studie als eine der wichtigsten Herausforderungen, bei der „dringender Handlungsbedarf“ besteht.

Dennoch gibt es **große Skepsis gegenüber dem bislang herrschenden klimapolitischen Ansatz**, in dem die soziale Frage zumeist übersehen wird: Studien zeigen, dass die breite Masse Wohlstandsverluste für sich befürchtet und davon ausgeht, dass Reiche aufgrund ihres Vermögens von den Maßnahmen und von der Klimakrise nicht oder deutlich weniger betroffen sein werden.

Genau **hier setzen Gewerkschaften und die AK an**: Unser politischer und gesetzlicher Auftrag ist es, die Bedrohung der Lebengrundlagen unserer Mitglieder durch die Klima- und Umweltkrise abzuwehren und ein gutes Leben für alle durchzusetzen. Wenn Klimapolitik die Unterstützung der breiten Masse finden und gelingen soll, braucht es einen neuen Ansatz: Der Ökologie des moralischen Zeigefingers wollen wir eine **Ökologie der Vielen** entgegensetzen. Dazu müssen wir **die soziale und ökologische Frage konsequent verknüpfen**.

In der **Klimaforschung und in den wichtigsten ökologischen Institutionen gab es in den letzten Jahren eine soziale Wende**, die diesem Ansatz der Gewerkschaften und der AK Recht gibt: So argumentierte etwa der Weltklimarat, dass wir die Krise des Klimas und der Ökologie (ua Artensterben, Bodenerosion, die umweltzerstörende Ausbeutung von Rohstoffen) nur überwinden können, wenn wir unsere Wirtschaftsweise von Wachstum auf Wohlstand umorientieren und für Verteilungsgerechtigkeit in und zwischen den Ländern sorgen.

Die neuere Forschung belegt, dass **Reiche und globale Konzerne stark überdurchschnittlich für Treibhausgase verantwortlich** sind: Die reichsten 10% sind für 52% der CO₂-Emissionen verantwortlich, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur für 7%. Die einkommensstärksten 1% verursachen allein 15% der Klimagase – also mehr als das Doppelte der ärmeren Hälfte der Menschheit. Innerhalb Europas sorgen die reichsten 10% pro Kopf betrachtet für sechsmal mehr CO₂-Ausstoß als die untere Hälfte der Bevölkerung. Betrachten wir die Unternehmen, sind weltweit nur 90 Konzerne für rund 60% der Klimagase verantwortlich.

Zu Recht kommt der Club of Rome daher in seiner neuesten Studie zum Schluss, dass **wir die Klimakatastrophe nur abwehren können, wenn die Reichen ihre Rechnung bezahlen** und uns im Bereich des ökologischen Umbaus ein Riesensprung gelingt. Als ersten Schritt benötigen wir mehr Daten und Statistiken zur Klima-Ungleichheit, als Basis für entschiedene Maßnahmen für Verteilungsgerechtigkeit. Diese würde den exzessiven Ausstoß von Klimagasen rasch reduzieren. Gleichzeitig stellt sie einen finanziellen Beitrag zur Schaffung einer klimafreundlichen Infrastruktur für alle dar, mit deren Aufbau wir sofort und umfassend beginnen müssen, da er ohnehin Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, um die notwendige Klimaneutralität garantieren zu können.

Daher fordert die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien einen umfassenden sozialen und ökologischen Umbau. Dieser besteht aus zumindest drei Säulen:

- I. **Gerechte Vermögens- und Einkommensverteilung, Ordnungspolitik gegen Überkonsum und Sicherstellung der für den Umbau notwendigen Finanzierung:** Angesichts der massiven Verteilungsschiefelage in Österreich – das reichste 1% besitzt mehr als 40% des Vermögens – und des starken Zusammenhangs zwischen Überreichtum und Emissionen ist es nicht länger tragbar, dass Österreich über keine Vermögens- und Erbschaftssteuern verfügt. Diese sind angesichts von weiter steigender Ungleichheit und der Klimakrise rasch einzuführen. Das trägt nicht zuletzt zur Finanzierung des Sozialstaats bei, der zur sozialen Absicherung im Umbau notwendiger denn je ist.

Der mit Überreichtum einhergehende Überkonsum braucht Grenzen, etwa in Form von Einschränkungen für Privatjets und platzverschwendende Business-Class-Flüge. Solche Maßnahmen sind allein natürlich nicht ausreichend. Sie können aber vergleichsweise rasch umgesetzt werden und zeigen der breiten Masse, dass wirklich alle in den notwendigen Umbau einbezogen werden.

Gleichzeitig gilt es eine für alle nutzbare nachhaltige Infrastruktur aufzubauen und das Klimaschutzpotenzial des öffentlichen Sektors zu heben. Die derzeitigen Fiskalregeln schränken die dafür nötigen öffentlichen Investitionen zu stark ein. Auf europäischer wie nationaler Ebene ist daher eine goldene Investitionsregel einzuführen. Auch Länder und Gemeinden brauchen mittelfristig mehr Mittel für den sozialen und ökologischen Umbau.

- II. Eine **sozial gerechte, demokratische und inklusive Dekarbonisierung der Wirtschaft:** Um den Vielen ein nachhaltiges Leben zu ermöglichen, braucht es klimafreundliche Infrastrukturen. Dazu müssen vor allem die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäude

rasch dekarbonisiert werden. Zusätzlich müssen wir die Energieeffizienz steigern und den Energieverbrauch insgesamt senken. Chancen dafür bieten der „Green Deal“ und der jüngst vorgestellte „Industrial Plan“ der EU. Die Vorteile einer besonders frühen Umsetzung sind zu nutzen. Dabei gilt es jedoch, zentrale Forderungen der AK in den Fokus zu rücken: die Dekarbonisierung muss unter Teilhabe der Arbeitnehmer:innen, ihrer Vertretungen und der Zivilgesellschaft gestaltet werden. Der Umbau kann nur gelingen, wenn die Menschen ihn nicht als individuellen Verzicht, sondern als gemeinsames, großes Projekt wahrnehmen. Das ist nur mit mehr Demokratie auf allen Ebenen – einschließlich der Betriebe – möglich. Jeder Wirtschaftssektor und jede Region haben ihre eigenen Herausforderungen. Für sie sollen konkrete Transformationspfade früh angelegt, kommuniziert und laufend verfeinert werden. Das erfordert ein größeres Ausmaß an wohlstandsorientierter Planung, als bisher in der Wirtschaftspolitik üblich.

Sowohl die Herausforderungen eines raschen Umbaus als auch die aktuelle Teuerungskrise zeigen anschaulich, dass die Privatisierung und De-Regulierung der Daseinsvorsorge Fehler waren. Sie haben der öffentlichen Hand jene Mittel genommen, die sie braucht, um Krisen rasch bekämpfen und den sozial-ökologischen Umbau planvoll und unbürokratisch gestalten zu können. **Grundbedürfnisse und ihre klimaneutrale Erbringung dürfen daher nicht** länger **den Märkten ausgeliefert werden**, sondern müssen öffentlich, demokratisch, mit guten Arbeitsbedingungen und in hoher Qualität erbracht und gestaltet werden.

- III. Selbst bei größten Anstrengungen ist eine gewisse Destabilisierung des Klimas nicht mehr abzuwenden. Der Umbau benötigt **eine begleitende Politik**, welche die Gesellschaft darauf vorbereitet, den Sozialstaat erneuert und ausbaut, Pflege- und Sorgearbeit aufwertet und sicherstellt. Gerade, um die große Nachfrage nach Arbeitskräften für u.a. die Wärme- und Energiewende zu decken, sind garantierte Bildungsrechte und ein massiver Ausbau von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Kombination mit existenzsichernden Lohnersatzleistungen nötig, wobei hier auch die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden müssen.

Damit ein entsprechender Umbau auch gegen (fossile) Profitinteressen und im nötigen Tempo durchgesetzt werden kann, braucht es die **demokratische Einbindung aller Betroffenen und ein breites Bündnis** aus Gewerkschaften und Arbeiterkammern, der Klimabewegung, der Wissenschaft und den zum Umbau bereiten Teilen der Unternehmerschaft.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien hat in den vergangenen Jahren auf notwendige Maßnahmen zur Verminderung der Treibhausemissionen hingewiesen. **Darauf aufbauend und entlang der oben dargestellten Säulen gilt es jetzt einen sozialen und ökologischen Zukunftsplan zu erstellen. Dieser soll in Grundzügen aufzeigen, wie ein sozialer und ökologischer Umbau gelingen kann, mit dem Österreich bis 2030 auf jenen Reduktionspfad einschwenkt, der notwendig ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig das Leben unserer Mitglieder zu verbessern.**

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--